# Mitteilungen

des Syndikus des
Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.
Erscheint nach Bedarf.

| Nr. 7 | 3. November 1919 | Jahrg. I |
|---|---|---|



## 1. Der Geiselmord in München.

Der Geiselmord, ein Beispiel scheußlichster menschlicher Verworfenheit, ist von den Antisemiten weidlich für ihre Zwecke ausgenutzt worden. Erst die Gerichtsverhandlungen haben uns die wahren Vorgänge enthüllt. Der nachfolgend abgedruckte Artikel beschäftigt sich rein sachlich mit diesem Prozeß und gibt daher genügend Material, um allen auftauchenden grundlosen Vorwürfen zu begegnen:

Der Sensationsprozeß gegen die Münchener Geiselmörder ist vorüber — 6 Todesurteile, 15jährige Zuchthausstrafen gegen 7 weitere Angeklagte. Die erwarteten politischen Enthüllungen hat er nicht gebracht. Für den Hintertreppen-Romantiker eine unerschöpfliche Fundgrube, für den Kriminalisten und Psychiater Studienobjekt unerhörtester sittlicher Hemmungslosigkeit und moralischen Niedergangs, wird diese Orgie gemeinsten Verbrechertums, von der blutlüsternen Dirne bis zum Leichenfledderer variierend, jedem sittlich Empfindenden nichts denn ein würgendes Gefühl bitter aufsteigenden Ekels hinterlassen.

So ist es begreiflich, daß der zweite Geiselmordprozeß in München, der bei Drucklegung dieser Zeilen von neuem das gleiche, tieftraurige Zerrbild sittlichen Verfalls bringt, nicht die Aufmerksamkeit größerer Kreise in gleichem Maße auf sich lenkt. Man ist entspannt, und hat die Skala Sensationsgier — Interesse — Gleichgültigkeit — Langweile — Widerwillen — Abscheu — bis zum Ende durchlaufen.

Dem ehrlichen Politiker ist dies Schauspiel erkenntnisfördernd nicht gewesen. Keine politische Idee kann an dem Treiben eines Gesindels gewürdigt werden, das unter ihrem Deckmantel schmutzigsten Leidenschaften nachgeht. Und damit sollten die Akten über diesen Vorgang geschlossen sein — müßte man meinen. Diese Folgerung ist irrig, weil sie ehrliche Politik voraussetzt, einen Begriffskomplex, der nach antisemitischer Ansicht in sich paradox ist. Und so hat sich denn an diesem Geiselmordprozeß eine antisemitische Hetze sondergleichen entwickelt, getreu dem Leitsatz „Der Zweck heiligt die Mittel" der in gerechter sittlicher Empörung auflodernden, doch schon durch Haß-Effekte urteilsgetrübten Volkswut den Juden als Angriffs-Objekt darzubieten.

Die antisemitische Taktik — die unter Beweis zu stellende Behauptung: „Die Wurzel allen Übels ist der Jude" als wahr zu unterstellen und durch tausendfältige Wiederholungen und Varianten diesen Gedanken in der Masse so zu verankern, daß er in das Gefühlsmäßige übergeht, und dadurch dem Angriff mit Gründen der auf den Verstand abstellenden Logik entzogen ist — hat manchem unserer Glaubensgenossen die Überzeugung gegeben, daß das Unternehmen, antisemitische Anwürfe auf ihre Haltlosigkeit hin zu untersuchen und zu widerlegen, von Beginn an zum Scheitern verurteilt ist. Ohne auf das Grundsätzliche dieser Ansicht, die einer Bankerott-Erklärung unserer bisherigen Kampfesweise gleich käme, hier einzugehen, sei nur darauf hingewiesen, daß gerade die breitesten Volksschichten stets in dem Schweigen ein Schuldbekenntnis sehen werden und für die große Geste des seines inneren Wertes bewußten, der gegnerischen Dreckschleuder unerreichbaren

Würde des einsamen Schweigers auch nicht das geringste Verständnis haben.

So sind auch wir gezwungen, von neuem in dem Schlamm widerlichsten Prozeß-Kehrichts zu wühlen, und die nach den Angaben unserer Gegner darin enthaltenen semitischen Giftstoffe auf ihren wahren Gehalt zu analysieren.

„Deutschen-Pogrome in München, zehnfacher Meuchelmord", hebt ein in vielen Tausenden von Exemplaren über ganz Deutschland verbreitetes rotes Flugblatt des berüchtigten „Ausschusses für Volksaufklärung" an, in dem der Geiselmord, insbesondere die Erschießung von 7 Mitgliedern der „rasse-hygienischen Bestrebungen huldigenden und das germanische Kultur-Ideal zu verwirklichen" trachtenden Thule-Gesellschaft als Ausfluß fanatischen Deutschenhasses der bayerischen Juden-Republik hingestellt wird.

„Die 7 Hügel, die die Opfer der russisch-jüdischen Räte-Diktatur in München decken, müssen jedem deutsch-völkisch Empfindenden das Blut in die Adern treiben, ihn vor Scham erröten lassen, daß so etwas geschehen durfte, daß deutsche Volksgenossen vogelfrei erklärt und von russischen Juden hingerichtet werden konnten, weil sie antisemitische Flugblätter verteilten", schließt „Der Grade Weg" seine längeren „Aufklärungen" über die Ursachen des Geiselmordes.

Daß die gesamte geschäftstüchtige Antisemiten-Presse den Umstand, daß tatsächlich einige der ermordeten Geiseln der antisemitischen Thule-Gesellschaft angehörten, nach allen Regeln demagogischer Hetzkunst ausgeschlachtet haben — die „Deutsche Zeitung" ließ ihre Berichte unter der Flagge: „Die Blutwirtschaft der bayerischen Juden-Republik" segeln — erscheint selbstverständlich.

Wenn aber die „Deutsche Tageszeitung", nachdem der Prozeß bereits die Haltlosigkeit der antisemitischen Angriffe klar erwiesen, unter dem 19. September 1919 als Ergebnis der Verhandlungen neben der besonderen gesellschaftlichen Stellung der Geiseln den antisemitischen Charakter der Thule-Gesellschaft als „Schulddokument" im Sinne der Räte-Republik darstellt mit der hämischen Glosse: „Übrigens auch ein Zeichen dafür, wer in Deutschland mehr zu Gewalttätigkeiten neigt, die Antisemiten oder ihre Gegner (!)", so muß dieser unerhört verleumderischen Anschuldigung schon mit Rücksicht auf die nicht zu unterschätzende Anhängerschaft der Rechtspresse mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Die Thule-Gesellschaft, mit deren antisemitischen Charakter sich bereits die „Mitteilungen des Syndikus" Nr. 6 befaßt haben, hatte nach den Zeugen-Aussagen des Hoteldirektors Lerringer mit dem „Germanen-Orden" und dem „Münchener Beobachter" (einer der berüchtigsten antisemitischen Wochenschriften) eine Anzahl Klubräume gemietet. Angeblich sollen trotz dieser Büro-Gemeinschaft die einzelnen Organisationen miteinander nicht in Verbindung gestanden haben. (Merkwürdige Duplizität der Fälle: Auch in Berlin, Köthener Str. 45, sitzen der „Ausschuß für Volksaufklärung", der „Großdeutsche Frauen-Schutz- und Trutzbund" und die „Hauptstelle für Aufklärung" friedlich beieinander und verleugnen sich trotz ihrer Interessengemeinschaft gegenseitig, sobald sie für ihr Treiben geradestehen sollen.) Bei der Thule-Gesellschaft sollen, wie der Student Mick aussagte, nach Angaben des Stadtkommandant Mehrer eine größere Anzahl von Aufrufen der Regierung Hoffmann und gefälschte Stempel vorgefunden sein; nach Bekundungen des Kommunisten Kramer hat es sich um 13 Stempel der Stadtkommandantur, des Güterbahnhofes usw. gehandelt; außerdem sollen 3000 Flugblätter der demokratischen Partei, einige Judenhetzblätter und Mitgliedskarten der K. P. D. gefunden worden sein. Nach weiteren Zeugen-Aussagen sind in den Räumen der Thule-Gesellschaft eine Anzahl gelber und grüner Flugblätter von der Räteregierung beschlagnahmt worden, wobei ein Zivilist geäußert habe: „Jetzt haben wir die, die seinerzeit im Auto gesessen." (Zur Zeit der Räterepublik wurden von einem in der Stadt herumfahrenden Auto große Mengen gegenrevolutionärer Flugblätter verteilt.) Und nun die Aussage des Kronzeugen der Antisemiten, des Angeklagten Seidl (nach dem Bericht der „Deutschen Zeitung" vom 3. September 1919): „Besonders aber die Mitglieder der Thule-Gesellschaft wurden scharf von dem Angeklagten Seidl herangenommen, da man von ihnen behauptete, daß sie die Gegenrevolution erstrebten und antisemitische Flugblätter verteilten!"

Dieser letzte Passus genügt der gesamten antisemitischen Presse, um darauf ihr ungeheuerliches Anklagegebäude von jüdischer Rachsucht aufzubauen, und doch dürfte, selbst vorausgesetzt, daß Seidl beim Verhör eine derartige Äußerung tatsächlich in dem erwähnten Sinne gebraucht hat, schon der an erster Stelle des Satzes erwähnte Grund: das Erstreben der Gegenrevolution, die kommunistische Handlungsweise, wenn auch keineswegs entschuldigen, so doch verständlich machen. „Sucht Euch die Feinsten heraus", lautete der Befehl, nach-

dem die Verhaftungen vorgenommen wurden; „ein Prinz in unserer Hand ist jetzt ein Diamant“ erklärten die Räte, „Ihr seid Reaktionäre, Ihr gehört eigentlich alle erschossen“, sagte Schicklhofer. Das sollte doch handgreiflich genug sein, um auch minder Einsichtigen unwiderleglich zu beweisen, daß die Auswahl der Geiseln lediglich nach dem Gesichtspunkt der Wertung ihrer persönlichen Stellung und ihrer Gefährlichkeit für die Räte-Herrschaft maßgebend gewesen ist. Wohlweise sind gerade diese Stellen von der Mehrzahl der antisemitischen Kommentatoren unbeachtet geblieben.

Allerdings hat die Thule-Gesellschaft antisemitische Flugblätter verteilt; in ihrem Büro ist sogar ein Zettel antisemitischen Inhalts gefunden worden, auf dem auch die Namen aller derjenigen Regierungsmitglieder deutscher Einzelstaaten standen, die jüdischen Glaubens waren. Aber sind denn gegenrevolutionäre und antisemitische Umtriebe in diesem Fall überhaupt auseinander zu halten? Der Räterepublik mußte jedes Unternehmen, das die Regierung zu kompromittieren, das die Masse gegen sie aufzuhetzen suchte, als gegen-revolutionär erscheinen, und niemand wird leugnen können, daß das Streben der diese Hetzblätter verbreitenden Thule-Gesellschaft zweifelsohne auf einen Sturz der Räte-Herrschaft abzielte. Gerade die Enthüllungen des letzten Monats über die Hintermänner und Geldgeber der Pogromhetze haben einwandfrei bewiesen, daß die Drahtzieher der antisemitischen Bewegung durchweg im Lager der alldeutsch-deutschvölkischen Schwerindusriellen und Groß-Agrarier zu finden sind. Es ist daher selbstverständlich, daß der Antisemitismus der Gegenwart als ein politisches Kampfmittel der gestürzten ehemaligen Machthaber jede Regierung, sei sie demokratisch, sozialistisch, kommunistisch, zwingen wird, in Erkenntnis des wahren Charakters dieser taktischen Methode den Kampf mit gleichen Waffen aufzunehmen, letzten Endes nicht, um den Antisemitsmus, sondern um seine Schildträger zu treffen. Die Rede des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Hergt, auf einer Partei-Versammlung in Greifswald, „die antisemitische Welle werde den kommenden Wahlkampf für die Deutschnationalen ganz außerordentlich erleichtern . . . . . wir brauchen keine Gegen-Revolution, sie kommt von allein“, stellt mit voller Klarheit fest, was für Unterrichtete längst kein Geheimnis mehr war.

Es sollte doch endlich jedem, auch dem uns minder Wohlwollenden zu denken geben, daß der greise Professor Berger, einer der ermordeten Geiseln, selbst Jude war. Auch ihm hatte man gegenrevolutionäre Bestrebungen vorgeworfen, und seine Verhaftung erfolgte, als er ein Plakat der Räte-Republik abriß. Wer die Verhandlungen verfolgt hat, wem die unerhörte Mißhandlung Bergers, die Zurufe der Mordbuben auf seinem Todeswege: „Dem kommt sein Kohlrabi heute noch herunter“, „heute gibt es geback'nes Hirn“ usw. in Erinnerung sind, wird mit Fug und Recht behaupten können, daß man mit peinlichster Gewissenhaftigkeit darauf Bedacht genommen hat, dem Juden Berger auch nicht die geringste der Scheußlichkeiten zu ersparen, die man an seinen christlichen, nicht antisemitischen Leidensgefährten verübte.

Von den Angeklagten Fritz und Josef Seidl, Schicklhofer, Widl, Purzer, Fehmer, Kick, Gsell, Hesselmann, Lerner, Hames, Huber, Rethmeyer, Petermeyer, Völkel und Schmittele ist auch nicht einer Jude. Und wenn die Antisemiten für die Heldentaten dieser Ehrenmänner das „jüdische Dreigestirn Levien-Leviné-Axelrod“ verantwortlich machen, so haben die Verhandlungen zur Genüge ergeben, daß jeder dieser sechzehn traurigen Berühmtheiten all die unerhörten Grausamkeiten mit eigenem freien Willen begangen hat und dafür selbst verantwortlich ist. In welcher Beziehung Dr. Levien und Genossen zu den Geiselmördern stand, ist einwandfrei nicht erwiesen; selbst wenn ihre Mitschuld feststände, würden wir auf das Entschiedenste jedem Versuche, diese Schändlichkeiten einzelner einer ganzen Volksschicht zur Last zu legen, ebenso entgegentreten, wie es uns fernliegt, die Untaten der 16 christlichen Geiselmörder etwa unseren deutsch-christlichen Mitbürgern in ihrer Gesamtheit in die Schuhe zu schieben.

Das Ergebnis der Verhandlungen hat der erste Staatsanwalt Hoffmann in seiner großen Anklagerede mit einer Deutlichkeit zusammengefaßt, die jeder Entstellung den Boden entziehen, ein Dokument, das allein unseren Gegnern den traurigen Mut der Verleumdung nehmen sollte:

„Wer hätte den Mut, von einer Schuld des greisen Professors Berger zu sprechen . . . . oder etwa von einer Schuld des Freiherrn von Teuckert, der Gräfin Westarp, des Prinzen Thurn und Taxis. Die sind in größerem Maße allesamt ihres Adels Opfer geworden. Ein Prinz in unserer Hand ist ein Diamant, erklärte einer der Hauptführer, und so ist auch der Prinz nicht als Thule-Mann, sondern als Prinz erschossen worden. Der Baron Teuckert kam draußen vom Felde, nicht von der Thule-Gesellschaft her. Sucht euch die Feinsten

heraus — das ist maßgebend geworden für die Auswahl der Getöteten. Ob es Plünderer oder Unschuldige waren, danach wurde gar nicht gefragt. So wenig wie danach, ob sie jung oder alt, ob sie Mann oder Frau, ob sie Antisemiten wie die Thule-Leute, oder wie der Professor Berger selbst dem jüdischen Glauben angehörten."

Dr. L.

## 2. Wiederbelebung des Ritualmord-Märchens.

Daß unsere Gegner sich bei ihrer schmutzigen Agitation nicht einmal scheuen, das Märchen vom Blutaberglauben aufs Tapet zu bringen, nimmt uns nach allem, was man von der Kampfesweise dieser Herrschaften bisher gesehen hat, nicht mehr wunder. Damit aber weite Kreise darüber unterrichtet werden, in welch unglaublich gemeiner Weise seitens der Antisemiten die Agitation betrieben wird, sei nachstehend eine Veröffentlichung aus Nr. 22 des „Deutschen Wochenblattes" gebracht, die dort unter der Überschrift: „Wieder ein seltsamer Blutmord!" sich findet:

„Am Montag, den 25. August 1919, wurde in Hamburg im Garten Leinpfad 96 hinter dem Zaun ein brauner Pappkarton gefunden, welcher enthielt: 2 Unterarme mit Händen, den größeren Teil der Oberarme, einen Teil der rechten Brustwand mit Brustwarze, ein Herz, Leber, ein großes Stück Bauchwand mit Nabel, 3 Hautmuskelklappen, 2 Oberschenkelknochen mit dem davon abgelösten Fleisch, 2 oberhalb des Knies und unterhalb des Rollhügels abgesägte und aus dem Fleisch glatt abgelöste Beine mit Füßen. Die Sektion ergab, daß es sich um eine jugendliche, blonde Person im Alter von 15 bis 18 Jahren handelt. Als Todesursache wird Verblutung angenommen. Die Zerstückelung ist wahrscheinlich oder wenigstens zum größten Teile am toten Körper mit einem scharfen Messer und einer feinen Säge in einem überdachten Raume vorgenommen." — Soweit der Polizeibericht. Inzwischen fand man am Sonnabend, den 30. 8. 19 an der Schönen Aussicht in der Außenalster einen zweiten Karton angeschwemmt, in dem sich der Oberkörper einer Leiche, von der Arme und Kopf abgetrennt waren, befand. Es handelt sich um den Oberkörper desselben jungen Mannes, von dem die abgetrennten Leichenteile am Leinpfad gefunden wurden. Außer dem Rumpfe mit den beiden Oberarmstümpfen befanden sich die in 2 Teile zerschnittene Lunge, die linke Brusthälfte und die linke, ebenfalls zerschnittene Niere darin. Den Kopf fand man am 1. 9. 19 in Papier gewickelt im Deichterkanal, also vom ersten Fundort räumlich sehr weit entfernt.

Sämtliche Leichenteile sind völlig blutleer! Wer wird da nicht an eine Reihe von meist unaufgeklärt gebliebenen Morden, Mordversuchen und Blutabzapfungen erinnert? Hamburg 1914, Kiew 1911, Ernst Winter in Konitz 1900, Polna 1899, Xanten 1891, Skurz 1884 und viele derartige Morde. Die letzte Verurteilung wegen Blutabzapfung in Deutschland erging im Jahre 1888. Der Rabbinatskandidat Bernstein in Breslau wurde verurteilt, weil er dem Knaben Severin Hacke Blut abgezapft hatte, „um sich zu entsühnen", wie er vor Gericht angab.

Was nun bei diesem neuesten Blutmorde ganz besonders auffällt und eigentlich erst zum Nachdenken auffordert, ist der allem Anschein nach gemachte Versuch der Verschleierung des Tatbestandes.

Am 9. September lief nämlich folgende Meldung durch die Hamburger Presse:

„Zum Leichenfund am Leinpfad. Das bisherige Gutachten der Sachverständigen ist gänzlich umgestoßen worden. Die dritte gerichtliche Legalsektion hat jetzt ergeben, daß der Tod nicht durch Verbluten herbeigeführt worden ist (diese Blutleere ist lediglich eine Begleiterscheinung), sondern durch Zertrümmerung des Knochenschädeldaches und dadurch hervorgerufene Vernichtung der Gehirnsubstanz. Die Aerzte sind nach wie vor der Meinung, daß der Mord am lebendigen Körper ausgeführt sein muß. Der Tote ist 1,63 Meter groß; er war etwa 15 bis 18 Jahre alt. An Körperteilen fehlen noch: die rechte Niere, die Milz, der Magen und ein großes Stück Darm. Der Kopf soll nach Profil und Vorderansicht photographiert und in den nächsten Tagen mit den nötigen Aufklärungen veröffentlicht werden."

Dieser Bericht ist im höchsten Grade unklar, in sich widerspruchsvoll und nur geeignet, die Öffentlichkeit zu beunruhigen. Das Volk hat daher ein Recht, daß Klarheit in dieser Mordsache geschaffen und der Tatbestand in seiner Wirklichkeit vollständig bekannt gegeben wird, am besten durch Veröffentlichung des gerichtlichen Protokolls.

Was soll der Satz bedeuten, „daß der Mord am lebendigen Körper ausgeführt sein muß?" Ein Mord kann überhaupt nur an einem lebenden Menschen ausgeführt werden.

Soll aber damit gesagt werden, daß die Zerstückelung am lebendigen Körper vorgenommen wurde, so ist es unerklärlich, wie der Tod durch Zertrümmerung der Schädeldecke eingetreten sein kann, denn dann muß er eben, wie der erste Polizeibericht sagt, „durch Verbluten" erfolgt sein. Also heraus mit dem gerichtlichen Sektionsbefund!"

Wie nachträglich bekannt wurde, ist das Erscheinen des „Deutschen Wochenblattes" wegen dieses Schmutzartikels verboten worden.

## 3. Antisemitismus und Internationalismus.

Bisher hatte man immer gehört, daß die Juden es seien, die mit der Sozialdemokratie die Träger des internationalen Gedankens seien. Dagegen tönten aus den Reihen der Antisemiten nur die Rufe nach völkischer Gemeinschaft und Loslösung von allem, was nach Internationalismus auch nur

im entferntesten aussah. Zu den unzähligen Variationen des Antisemitismus, die diese erfreulichen Monate gezeitigt haben, gehört nun auch der „Deutsch-soziale Bund“, der alle „politisch, sozial, natürlich und gerecht, nicht sozialistisch ungerecht“ denkenden Kreise der Welt, insbesondere der vergewaltigten Völker gegen angelsächsisch-jüdische Geld- und Weltwirtschaft zusammenruft. Der Aufruf des in Bildung begriffenen Bundes, ein Pamphlet schmutzigster Art, ist deshalb interessant, weil in ihm eigentlich zum ersten Male der sogenannte deutschvölkische Antisemitismus sich über die Grenzen des Reiches hinaus an die gleichgesinnten Elemente der anderen Völker wendet.

Man darf diese internationalen Bestrebungen der Antisemiten, die die Hilfe fremder und feindlicher Völker in Anspruch nehmen müssen, um Unruhe im eigenen Lande stiften zu können, nicht vergessen.

Daß sich dieser Bund auch gegen Einrichtungen der katholischen Kirche wendet, sei denen besonders gesagt, die über die gottesfeindlichen Bestrebungen der Antisemiten noch nicht hinreichend orientiert sind.

## 4. Antisemitismus und germanischer Götterkult.

Daß der Antisemitismus in den Köpfen derer, die für ihn zu arbeiten vorgeben, eine heillose Verwirrung angerichtet hat, haben wir schon oft erkannt; daß aber die Vorkämpfer des Antisemitismus heute zugleich die Vorkämpfer eines alt-germanischen Götterkultus sind, ist das Absonderlichste, was sich auf diesem Gebiete bisher abgespielt hat.

Eine Reihe Veröffentlichungen aus den Kreisen der Deutschvölkischen beschäftigen sich mit der Verherrlichung des germanischen Götterkult, dem gegenüber die christliche Lehre als etwas Abgetanes, Überlegtes und Schlechtes dargestellt wird. Besonders interessant ist nach dieser Richtung hin eine Heiratsliste des „Völkischen Freia-Bundes“. Man denke nur an die Spottlaugen, die die Antisemiten über die Heiratsanzeigen im Berliner Tageblatt zu schütten pflegten. Was in diesen Blättern der rein Völkischen abgedruckt ist, erinnert lebhaft an die Veröffentlichungen in gewissen Blättern, die heute unter dem Schutz der Zensurfreiheit ein obscures Dasein in Berlin fristen. Zur Erheiterung der Leser der „Mitteilungen“ seien einige Anzeigen hier abgedruckt.

„Ein blondes, kräftiges, sehr gut und groß gewachsenes (1,74 Meter), frisches, junges Mädchen sucht einen Lebensgefährten von starkem, einheitlichem und gutem Willen, nicht unter 30 Jahren. Ich bin aus evangelischer, vornehmer, begabter, auch schön- und deutschrassiger Familie, vater- und bruderlos, sehr begabt und lebhaft, aber ernst häuslich und wirtschaftlich erzogen. Seit 1915 bildete ich mich auf der Kunstakademie, erwarb tiefes Verständnis für Kunst, Natur und Leben. In einer edlen Lebensgemeinschaft möchte ich es verwerten, in Haus und Garten führte es mich zurück, zu gesunder, das deutsche Volk erneuernder Lebensweise. Nötige Mittel sind vorhanden. Zuschriften an F. 198 erbeten.“

„Ich bin 31 Jahre alt, mittelgroß, gesund und kräftig, dunkelblond, hellbraunäugig, Vegetarierin (Masdasnanrichtung), Wandervogel, lebendiger, im Grunde froher Mensch mit starker Naturliebe. Auch das Schöne und Tiefe in Geisteswelt und Kunst verehre ich. Einfache Lebensführung ist für mich selbstverständlich. Vom Berufsleben unbefriedigt, möchte ich wahrhaft Leben schaffen, im engen Zusammenhange mit Mutter Natur. Darum suche ich einen (auch geistig) hochstehenden, aufrechten, wesensverwandten Mann, dem man Glück geben und mit ganzem Herzen die Hand reichen könnte zu gemeinsamem Leben und Aufwärtsstreben. Von möglicher Kriegsverletzung abgesehen, ist Gesundheit Bedingung. Seit drei Jahren daheim (Lippe), in Haus und Garten tätig, möchte ich am liebsten siedeln. Meine Geldmittel sind gering, würden aber doch einen merklichen Zuschuß dazu bilden. Briefe mit Bild an F. 213.“

„Im Lichte des deutschen Glaubens“ nennt sich dann eine im Sis-Verlag in Zeitz erschienene Broschüre von Walter Halgall, die unter Herabwürdigung alles Kirchlichen einen deutschen Götterglauben als die ideal-kirchliche Religion hinstellt.

Es wird in anderem Zusammenhange noch einmal näher auf diese Bestrebung der Antisemiten einzugehen sein. Vielleicht öffnen aber diese Ausführungen den Antisemiten selbst einmal die Augen über die Gesinnung ihrer Mitstreiter. Vor allem die Kreise, die dem Centrum nahestehen und die, wie z. B. der Paderborner „Leo“ sich in antisemitischen Anschuldigungen nicht genug ergehen können, müßten doch einen dicken Strich zwischen sich und diesen Urgermanen ziehen.

## 5. Die Juden als Freimaurer.

Der treue Kämpfer in der Abwehr gegen den Antisemitismus, Rabbiner Dr. Jacob-Dortmund, hatte auf einen im „Westfälischen Volksblatt“ in Paderborn erschienenen antisemitischen Hetzartikel der Redaktion eine Entgegnung eingesandt, die nicht veröffentlicht wurde — eine der üblichen Praktiken der Antisemitenpresse. Da der kurze Artikel eine Widerlegung

allgemein beliebter Verleumdungen enthält, sei er nachstehend auszugsweise abgedruckt:

„Mit Bedauern lese ich in dem Leitartikel: „Wer steckt hinter der Schulfrage?“ vom 9. d. M. Ihres Blattes, wie Sie in Ihrer Bekämpfung des Freimaurerordens mehrfach die Juden als Förderer seiner religionsfeindlichen Haltung nennen. Sie sprechen von dem jüdischen Logenbruder Weil, von einem anderen Freimaurer, dem Juden Cremieux, und versteigen sich sogar zu der Behauptung: „Die Juden spielen ja bekanntlich in der Freimaurerei eine tonangebende Rolle!“

Daß die Freimaurerloge in den romanischen Ländern öfter eine verhängnisvolle politische Tätigkeit entfaltet hat und gegen Religion und Christentum arbeitet, mag glaubhaft sein. Die deutschen Logen haben es für sich immer bestritten. Die Juden aber spielen in ihr nicht nur gar keine, geschweige denn eine tonangebende Rolle, sondern haben sich sogar über mehrfach in ihr zu Tage getretene antisemitische Tendenzen zu beklagen gehabt. Ihr „bekanntlich“ ist daher eine jener unverantwortlichen Redewendungen, mit denen eine gewisse Art der Polemik es sich bekanntlich leicht macht, indem sie etwas als zugestanden unterstellen möchte, was sie weder beweisen kann noch will. Gewöhnlich ist dann gerade das Gegenteil bekanntlich. Ich wäre Ihnen ferner dankbar, wenn Sie mir genau nachweisen wollten, wo und wann die jüdischen Logenbrüder Weil und Cremieux die angeführten Äußerungen getan haben. Ich bin infolge meiner Erfahrungen mit der antisemitischen Praxis gegen solche unbelegte Zitate grundsätzlich äußerst mißtrauisch. Und selbst wenn sie diese Äußerungen getan hätten, so hat ihr Judentum damit nicht das geringste zu schaffen. Weshalb nennen Sie die gleichfalls zitierten Freimaurer Lamartine und Pages nicht die christlichen oder katholischen Freimaurer Lamartine und Pages? Weshalb sprechen Sie nicht von den Tausenden und Abertausenden von Freimaurern, die ohne Zweifel katholisch getauft sind? Also wenn der Jude etwas tut, was Ihnen nicht gefällt, dann heißt er geflissentlich der Jude und die urteilslose und gedankenlose Masse wird damit gegen „die Juden“ aufgehetzt, wenn es aber der Christ tut, dann wäre es natürlich widersinnig, ihn ausdrücklich als Christen zu bezeichnen. Dies ist ja das ganze Geheimnis der antisemitischen Hetzmethode. Halten Sie dies aber für christlich und eines christlichen Blattes für würdig?

Wir leben in einer sturmbewegten Zeit, in der die Gottgläubigen aller Bekenntnisse einmütig zusammenstehen sollten gegen die religionsfeindlichen Mächte, die das letzte Bollwerk einer uns heiligen religiös-sittlichen Weltordnung niederreißen und aus den Seelen das austilgen möchten, was uns in dem allgemeinen Zusammenbruch noch retten kann: Die Gottesfurcht. In dieser Überzeugung habe ich im April d. J. in Dortmund eine Versammlung der katholischen, evangelischen und jüdischen Geistlichkeit angeregt und in Gemeinschaft mit Herrn Dechant Walter und Superintendent Winkhaus einberufen. Der Erfolg war eine einstimmig gefaßte und allen maßgebenden Stellen zugesandte Resolution für die Erhaltung des Religionsunterrichts, der konfessionellen Volksschule und das Recht der Eltern an der religiösen Erziehung ihrer Kinder (also genau dieselben Forderungen, über deren Vereitlung durch „die Juden“ das „Westfälische Volksblatt“ zetert).

Hiernach werden Sie begreifen, wie schmerzlich mir die Äußerungen Ihres Artikels sein mußten. Ich muß sie mindestens als eine ungerechte Verallgemeinerung zurückweisen. „Juden“, die die religiösen Gefühle anderer verletzen, sind uns selbst das größte Ärgernis. Aber sie sind nicht „die“ Juden.

Es ist beklagenswert, daß anscheinend auch katholische Organe in neuester Zeit nicht immer die Kraft haben, der gegenwärtigen antisemitischen Strömung, die aus durchsichtigen Motiven alle Schuld an allen Leiden unseres unglücklichen Vaterlandes den Juden zuschieben will, zu widerstehen.“

## 6. Nochmals der Pommersche Landbund.

Die Mitteilungen Nr. 5 haben sich bereits mit der antisemitischen Agitation des Pommerschen Landbundes beschäftigt. Ein Mitglied des Centralvereins stellt zur weiteren Aufklärung über die antisemitische Hetztaktik des Pommerschen Landbundes die Abschrift eines außerordentlich charakteristischen Schreibens des Vorsitzenden des Kreisverbandes Naugard des Pommerschen Landbundes zur Verfügung. Es ist dies ein Rundschreiben, das an alle pommerschen Besitzer, die mehr als 300 Morgen Land ihr eigen nennen, gegangen ist. Der Aufruf ladet zur Gründung von Genossenschaften ein und hat folgende Einleitung:

Mehr denn je muß das Bestreben der Landwirte sein, auf die Gestaltung der Preise einen dauernden Einfluß zu gewinnen und zu behalten. Das können wir nur, wenn wir unser Getreide aller Sorten und

die Kartoffeln, soweit sie nicht der Industrie zugeführt werden, solange in unserem Einfluß behalten, bis sie in die Hände der Konsumenten übergehen. Wenn, wie jetzt leider noch so sehr häufig, das Getreide in die Hand des Hofjuden kommt, geht es unserem Einflusse unwiederbringlich verloren. Es wird auch alsdann als eine reine Handelsware gegen unsere wirtschaftlichen Interessen arbeiten, denn das jüdische Kapital und weitere Großkapital hat genau die entgegengesetzten Interessen wirtschaftlich und auch der allgemeinen weltwirtschaftlichen Auffassung nach, wie sie der Landwirt hat, wenn er es gut mit sich selber meint. —

Wir haben die Mittel dazu in Gestalt unserer Ein- und Verkaufsvereine. Weshalb werden diese Genossenschaften nun nicht vielmehr als bisher von den größeren Landwirten zur Verwertung ihres Getreides pp. herangezogen? Die Gründe sind zweierlei.

1. liegen sie bei dem Besitzer selber. Der Hofjude kommt auf den Hof, sagt einen Preis und macht viel schöne Worte, besorgt in jetziger Zeit durch seine Schiebungen viel künstlichen Dünger; früher gewährte er den wirtschaftlich Schwachen den geforderten Kredit (bis er ihnen die Schlinge zuzog) besorgte auch die fehlenden Zigarren und ist mit einem Wort ein gefälliger Mann. Jetzt zahlen die Händler z. B. „die höchsten Tagespreise" für Hafer. Dies alles ist für den Besitzer ungeheuer bequem. Ganz anders der kleine Mann. Er wird in den seltensten Fällen mit dem Juden handeln, einmal weil er sehr mißtraut, dann aber weil er sich immer an die Genossenschaften wendet, wo ihm solche in erreichbarer Nähe zur Verfügung stehen, sonst an die kleinen Kaufleute in den Landstädten. —

## 7. Antisemitismus in der bayrischen Fleischversorgungsstelle.

Immer mehr häufen sich die Beweise, daß auch unter dem neuen Regime der Antisemitismus bei den behördlichen Stellen wieder aufflackert. Mehreren jüdischen Viehhändlern, die sich um die Übertragung von Kommissionärstellen beworben hatten, ging von der bayerischen Fleischversorgungsstelle in München der folgende charakteristische Bescheid zu:

> Ihrem Antrag um Übertragung der Kommissionärstelle für den Kommunalverband Freising kann nicht entsprochen werden, da die dortige Bauernschaft sich ausdrücklich gegen die Aufstellung eines bezirksfremden semitischen Kommissionärs ausspricht.

Diese Antwort, die von Dr. Attinger, der bayerischer Landestierarzt, Ministerialrat im Ministerium des Innern und zur Zeit Vorsitzender der Bayerischen Fleischversorgungsstelle ist, unterzeichnet wurde, stimmt, wie die Ortsgruppe München des Centralvereins mitteilt, überein mit ähnlichen Äußerungen verschiedener Kommunalverbände in bayerischen Zeitungen. Auf eine entsprechende Vorstellung der Ortsgruppe München beim Ministerium des Innern ging die nachfolgend auszugsweise wiedergegebene, sehr wenig befriedigende Antwort ein, gegen die nichts mehr zu unternehmen ist, da sie von der höchsten behördlichen Instanz ausgeht:

> „Auch die Bayerische Fleischversorgungsstelle stimmt mit dem Grundgedanken überein, daß jedem tüchtigen Deutschen freie Bahn gegeben werden soll. Andererseits muß sie als Behörde, der die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch obliegt, in erster Linie darauf bedacht sein, alles zu vermeiden, was die Lieferwilligkeit der Viehhälter beeinträchtigen und so die Fleischversorgung schädigen könnte. Nun ist Tatsache, daß in einzelnen Bezirken die Landwirte sich auf das entschiedenste gegen die Aufstellung jüdischer Kommissionäre verwahren, besonders dann, wenn sie, wie im Fall Freising-Land, Bezirksfremde sind. So hatte das Bezirksamt Freising dienstlich berichtet, daß die Aufstellung des jüdischen nicht im Bezirke wohnenden jüdischen Bewerbers unter der ganzen Bauernschaft einen Sturm der Entrüstung hervorrufen würde. Wer auch nur einigermaßen die Praxis der Viehaufbringung kennt, weiß, daß es ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre, den Landwirten einen von ihnen abgelehnten Kommissionär aufzuzwingen. Der Versuch hierzu würde überdies die Voreingenommenheit gegen das Judentum, die leider da und dort einen für Bayern ganz ungewöhnlichen Grad erreicht hat, nur noch weiter steigern. Die Bayerische Fleischversorgungsstelle war daher in dem in Frage stehenden Falle gezwungen, den von dem Centralverein beanstandeten Bescheid zu erteilen. Dagegen ist es unzutreffend, wenn die Eingabe verallgemeinernd sagt, die Bayerische Fleischversorgungsstelle ließe an jüdische Bewerber Schreiben des in der Eingabe wiedergegebenen Inhalts hinausgehen. Die Bayerische Fleischversorgungsstelle hat im Gegenteil jüdische Bewerber in so weitem Umfange zugelassen, daß sie deswegen wiederholt größten Angriffen von Viehhaltern und Kommunalverbänden ausgesetzt war."

## 8. Antisemitische Agitation unter den Kriegsgefangenen.

Bereits vor einigen Monaten, als die Frage der Rückführung der Kriegsgefangenen akut wurde, waren dem Centralverein Nachrichten darüber zugegangen, daß man beabsichtige, die Kriegsgefangenen sofort bei ihrer Heimkehr antisemitisch aufzuwiegeln. Der Centralverein wandte sich sogleich an die zuständigen Stellen im Reich und erhielt

von ihnen das Versprechen, daß jede Agitation, die bekannt werde, mit allen Mitteln unterdrückt werden solle.

Außerdem wandte sich der Centralverein an sämtliche Ortsgruppen, in deren Bereich Durchgangslager eingerichtet waren und ersuchte sie, darauf hin zu wirken, daß in dem Empfangskomitee jüdische Gemeindemitglieder vertreten und daß die jüdischen Lehrer und Rabbiner ihr Amt als Seelsorger ausüben könnten. Obwohl die in Frage kommenden Ortsgruppen ständig auf die drohende Gefahr hingewiesen wurden und obwohl von den Ortsgruppen alles Mögliche geschieht, ist durch die Saumseligkeit einiger Gemeinden es versäumt worden, jüdische Mitglieder in die Empfangskomitees zu delegieren.

In der Tat hat, als die Rückkehr in größerer Zahl begann, in einigen Lagern eine beispiellose Agitation eingesetzt. Hier zeichnet sich besonders rühmlich das Durchgangslager, das im Senne-Lager bei Paderborn eingerichtet ist, aus. Schon in den Begrüßungsreden, die von den Offizieren des Lagers gehalten wurden, wurde eine deutsch-völkische und antisemitische Propaganda getrieben. Antisemitische Flugblätter in großer Zahl sind verteilt worden.

Die Ortsgruppen des Centralvereins und Vertreter der Centrale haben sofort die erforderlichen Schritte eingeleitet und es ist zu hoffen, daß diese Agitation nunmehr unterbunden wird.

Auf die außerordentliche Gefahr der Verhetzung der Kriegsgefangenen wird hiermit nachdrücklichst hingewiesen. Daß es ein verbrecherwürdiges Treiben sondergleichen ist, gerade die Kriegsgefangenen, die zu einem großen Teil jahrelang und in völkerrechtswidriger Weise festgehalten worden sind, so zu verhetzen, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Unseren Gegnern aber ist jedes Mittel recht, wenn es ihnen geeignet erscheint, der Hetze Vorschub zu leisten.

Die Aufgabe des Centralvereins kann es demgegenüber nur sein, auf der Wacht zu stehen und mit allen Mitteln auch dieser neuen Gefahr zu begegnen.

## 9. Der Deutsche Bund für Gewerbe, Handel und Industrie.

Der „Deutsche Bund für Handel, Gewerbe und Industrie“ stellt eine rein antisemitische Gründung dar, die bezweckt, kleinere Geschäftsleute, Handwerker usw. unter dem neutralen Titel zu fangen. An seiner Spitze steht der Generalsekretär der Deutschnationalen in Hamburg, Herr I. Henningsen. Der Bund ist bereits im Central-Ausschuß Hamburgischer Bürgervereine bekämpft worden. Jetzt sieht sich der Hansa-Bund veranlaßt, folgendes Rundschreiben gegen den „Deutschen Bund für Handel, Gewerbe und Industrie“ zu versenden:

Von Hamburg aus wird von dem „Deutschen Bund für Gewerbe, Handel und Industrie“ ein Aufruf versendet, der sich an Handwerk, Handel, Industrie und Landwirtschaft, sowie alle Angehörigen freier Berufe und alle sonstigen Freunde der schnellsten Wiederaufrichtung eines gesunden deutschen Wirtschaftslebens mit der dringenden Bitte um tatkräftige Unterstützung wendet. Der Bund gibt vor, gegen die Zwangswirtschaft, gegen die Sozialisierung und gegen die Kommunalisierung zu kämpfen. Offenbar ist dies aber nur ein Vorwand, während die Tendenz dieses Bundes antisemitischer Natur ist. Das geht wohl zur Genüge daraus hervor, wenn es in dem Aufruf heißt:

„Dem Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden. Das muß oberster Leitspruch sein, wenn wir nach Führern und Wegen zur wirtschaftlichen Gesundung suchen. Fremdrassige Kreise können deshalb auch in unserem Bunde die Mitgliedschaft nicht erwerben.“

Es ist unser Bestreben, alle Fragen der Wirtschaftspolitik von Verhetzung und Parteipolitik frei zu halten, um so eine sachliche, im Interesse unseres Wirtschaftslebens liegende Erledigung aller Wirtschaftsfragen und wirtschaftspolitischen Gesetze herbeizuführen. Wir halten es daher für unsere Pflicht, vor den Bestrebungen des eben genannten Bundes zu warnen, und bitten, für entsprechende Aufklärung zu sorgen.

## 10. Bund deutscher Kriegsteilnehmer.

Es wird darauf hingewiesen, daß sich ein Bund deutscher Kriegsteilnehmer, Sitz Nürnberg, gebildet hat, der ausgesprochen antisemitische Tendenzen verfolgt. Der Bund sucht sich auf andere Städte auszudehnen. Die Freunde des Centralvereins bitten wir, den Arbeiten dieser Vereinigung entgegen zu treten. Der Bund deutscher Kriegsteilnehmer ist aber nicht zu verwechseln mit anderen Organisationen unter den Kriegsteilnehmern, die völlig frei von einer antisemitischen Tendenz sind.

## 11. Der „russische Jude“ Waibel.

Die antisemitische Taktik stempelt jede irgendwie in der kommunistischen Partei hervortretende Persönlichkeit zum Juden. So wurde vor kurzem durch die „Fuldaer Zeitung“ verbreitet, daß der von dem Standgericht in Würzburg wegen Hochverrats zu 15 Jahren Festung verurteilte Führer Waibel Jude sei und aus Rußland stamme. Die Ortsgruppe Würzburg des Centralvereins hat nun

festgestellt, daß Waibel in Dewangen in Württemberg geboren ist und von katholischen Eltern abstammt, sich jetzt aber als konfessionslos ausgibt. Auf eine Aufforderung des Centralvereins hin hat die „Fuldaer Zeitung“ eine entsprechende Berichtigung gebracht.

## 12. Die Sünde wider das Blut.

Eine süddeutsche Ortsgruppe des Central-Vereins hatte Einspruch dagegen erhoben, daß die dortige Buchhandlung das Dintersche Buch „Die Sünde wider das Blut“ dem Publikum ganz besonders zum Kauf anpries. Die Ortsgruppe sandte der Centrale in Berlin den Briefwechsel, der sich in dieser Angelegenheit entspann zu und bat um Direktiven. Ähnliche Beschwerden gingen dem Central-Verein aus verschiedenen anderen Städten zu, überall wurde der Entrüstung über die skrupellose Reklame seitens der Buchhändler für dieses Machwerk kräftig Ausdruck gegeben. Es ist daher nötig, prinzipiell zu der Frage der Anpreisung des Dinter-Buches, das leider zu einem Geschäftserfolg geworden ist, Stellung zu nehmen.

An sich kann man von einer Buchhandlung natürlich nicht verlangen, daß sie das Dinter-Buch nicht führt und verkauft, wohl aber kann man von einer unparteiischen Buchhandlung verlangen, daß sie dieses Machwerk nicht besonders empfiehlt. Diese beiden Seiten sind streng zu unterscheiden. Pflicht der Ortsgruppen ist es, in allen Fällen, in denen nachgewiesen wird, daß die betreffende Buchhandlung das Buch von Dinter besonders empfiehlt und zwar in einer Weise, die das Mißfallen der jüdischen Kreise erregt, bei der betreffenden Buchhandlung energisch Protest einzulegen.

## 13. Sind nur Juden Übeltäter?

Die Antisemiten haben einen Stamm von Lügen und Verleumdungen, mit denen sie entgegen allen Widerlegungen operieren. Alle die Mißstände, die sie bei den Juden rügen, nehmen sie in ihren eigenen Reihen, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, ruhig hin. Besonders beliebt ist der Vorwurf, die Juden, die Kapitalisten, drücken die Löhne und bereichern sich auf Kosten der Kraft der arbeitenden Bevölkerung. Wie alles Unheil während des Krieges nur von den Juden ausging, so war nach der Meinung der Antisemiten auch ausschließlich die Hamsterei der Juden an der schlechten Lebensmittelversorgung der Gesamtbevölkerung schuld. Daß in den Reihen der Gegenseite wie man zu sagen pflegt, auch mit Wasser gekocht wird, dafür gibt es einige hübsche Beispiele von Hamsterei, Lohndrückerei usw., die man allen unberechtigten Vorwürfen entgegen halten kann. Ja, es gibt Einzelfälle, die sicherlich ein ungeheures Geschrei bei den Antisemiten hervorgerufen hätten, falls sie auf seiten der Juden entdeckt worden wären. Immerhin ist es interessant, daß sich nichtjüdische prominente Persönlichkeiten der Hamsterei und der Lohndrückung in erheblichem Maße schuldig gemacht haben. Durch die Presse ging vor kurzem die Notiz über die Lebensmittel- und Kohlenversorgung des Haushaltes des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen. Trotzdem der Prinz sich in umfangreicher Weise als Selbstversorger betätigt, erhielt er die gesamten Lebensmittelkarten von der Lebensmittelstelle. Vom Arbeiterrat sowohl wie von der Behörde sind verschiedentlich größere Lebensmitteltransporte auf seinem Terrain abgefaßt und beschlagnahmt worden. Bei Haussuchungen auf seinem Schloß Klein-Glienicke und auf dem Rittergut Düppel hatte man umfangreiche Mengen von rationierten Lebensmitteln vorgefunden, auch ist in einem versteckten Winkel eine Milchkuh gehalten worden. Und dementsprechend war auch die Kohlenversorgung für das Jahr 1919. Für die aus zwei Personen bestehende prinzliche Familie sind 18 000 Zentner Antracit, 900 Zentner Briketts, 400 Zentner Koks und für die Hofgärtnerei 895 Zentner Koks bestimmt gewesen. Auf Einspruch des Arbeiterrates sind diese Mengen etwas herabgesetzt worden.

Von dem gleichen Prinzen werden interessante Mitteilungen über seine Großzügigkeit als Arbeitgeber bekannt. Der Vorwärts bringt darüber folgenden interessanten Artikel:

> „Vom Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter wird uns geschrieben:
>
> Der Prinz Friedrich Leopold besitzt in Klein-Glienicke ein Jagdschloß mit augedehnten Parkanlagen, die sich bis Moorlake hinziehen, ferner noch mehrere größere Güter in Saarmund, Düppel und Flatow. Die in oben bezeichneten Parkanlagen beschäftigten Arbeiter und Frauen werden geradezu elend bezahlt. Die Arbeiter erhalten einen Stundenlohn von einer Mark, das macht bei einer achtstündigen Arbeitszeit einen Wochenlohn von 48 Mk. Frauen erhalten die Hälfte. Von diesen jammervollen Löhnen werden wöchentlich noch 2.50 Mk. für Kranken- und Invalidenversicherung in Abzug gebracht. Ausserdem müssen die Leute das Handwerkszeug selbst stellen, wie Harke, Preis 4.50 Mk.,

Spaten 8 bis 12 Mk., Axt 12 Mk. und grosse Säge bis 20 Mk.

Die Parkarbeiter sind zum grössten Teile verheiratet und haben eine Familie zu ernähren. Wenn man bedenkt, dass eine dreiköpfige Familie wöchentlich für die rationierten Lebensmittel durchschnittlich 52 Mk. gebraucht, so kann man sich von dem Elend und der bittersten Notlage dieser Arbeiter ein Bild machen.

Genau so fürstlich werden die gelernten Gärtner entlohnt, deren Bezüge monatlich 180 bis 200 Mark betragen nebst freier Wohnung. Dabei besteht diese Wohnung für acht Personen aus zwei öden, kahlen Räumen ohne die geringste Bequemlichkeit. Unsere Bemühungen, eine Besserstellung für die Arbeiter zu erreichen, sind vergeblich gewesen. Am 5. Juli beantragten wir eine Gleichstellung mit den Arbeitern der ehemals königlichen Gärten von Potsdam, Neubabelsberg usw. Volle sieben Wochen hat daraufhin „Seine königliche Hoheit" die Sprache verloren. Ende August lief dann endlich die Antwort ein und zwar hochtönend ablehnend: „Es liegt keinerlei Veranlassung vor, die Gärtner pp. von Klein-Glienicke nach den Richtlinien zu beschäftigen, die für die Gestaltung des Dienstverhältnisses der bei den Reichs- und Staatsbehörden Gross-Berlins beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen festgelegt worden sind." Punkt. Die Leute mögen weiter darben: „Was schiert mich Weib, was schiert mich Kind".

Die Arbeiterschaft hat dann versucht, eine Entschuldungssumme zu erwirken, um für den Winter Brennmaterial und Kleidungsstücke, die von der Gemeinde ausgegeben werden, zu beschaffen. Schliesslich sind 600 Mark zugesichert worden. Zahlung ist bisher nicht erfolgt. Auf Vorstellungen läßt Kgl. Hoheit durch seine Beauftragten mitteilen, daß das preußische Finanzministerium Schwierigkeiten mache. Das scheint uns zum mindesten sehr fraglich. Merkwürdig ist aber, daß zur Beschaffung von Kraftwagen das erforderliche Geld vorhanden ist. Diese Luxusausgaben sind jedenfalls auch notwendiger und wichtiger wie eine menschliche Bezahlung seiner Arbeiter. Folgendes Beispiel ist besonders bezeichnend für die edle Denkart des hohen Herrn: Sammelt sich eine Arbeiterin (Witwe, die noch für ihren schwer kriegsverletzten Sohn mitzusorgen hat) dürres von den Bäumen abgefallenes Holz und will es mit heim nehmen. Strafe: Sofortige Entlassung.

So haben sich die zurückgebliebenen Hohenzollern den neuen Zeitverhältnissen angepaßt!"

## 14. Nicht zu empfindlich sein!

Verschiedentlich ist vom Centralverein darauf hingewiesen worden, daß nicht jeder Vorfall, der sich gegen die Juden zu richten scheint, zu ernst zu nehmen ist. In der Reihe der zahlreicen antisemitischen Vorgänge, die jeden Tag dem Centralverein gemeldet werden, sind jedesmal eine Anzahl auszuschalten, die auf das Konto übertriebener Empfindlichkeit zu setzen sind. Der folgende Fall kann als Schulbeispiel dienen.

Ein Berliner Herr, der in Binz zur Kur weilte, teilte dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus mit, daß in Binz antisemitische Hetzplakate angeklebt waren, die ein Freund von ihm herunterriß, worauf dieser von einem Polizeibeamten festgestellt wurde. Um der Angelegenheit auf den Grund zu gehen, sei er zum Kurdirektor von Binz, Generalmajor z. D. Seelmann, gegangen. Unter dem Eindruck der Vorgänge fühlte er sich durch die Erklärung des Herrn Generalmajor Seelmann für nicht befriedigt, besonders beleidigend empfand er die Bemerkung Seelmanns: „Wir sind hier keine Antisemiten, denn Bargeld lacht." Der Centralverein hat sich daraufhin mit Herrn Generalmajor Seelmann in Verbindung gesetzt und die im Auszug folgende Antwort erhalten, die durchaus den Charakter von anständiger Gesinnung und Ehrlichkeit trägt:

1. Ich habe die Herren nicht warten lassen, wie in dem Artikel behauptet wird. Ich wußte überhaupt nichts von der Anwesenheit der Herren im Büro, kannte daher auch den Zweck ihres Kommens nicht. Ich wurde, als ich in das Bürohauptzimmer ging, von, ich glaube es waren 4 Herren, interpelliert.

Zum antichambrieren lassen habe ich tatsächlich keine Zeit hier.

2. Die erste Frage war die Berechtigungsfrage des Plakatabreißens. Die Beamten haben den strengen allgemeinen Auftrag, es zu hindern, weil Unfug damit getrieben wird; die Konkurrenz reißt sich gegenseitig Zettel und Plakate ab, deshalb die Anordnung. Ich habe also das Verhalten des Beamten pflichtmäßig in Schutz genommen.

3. Als ich dann hörte, um was es sich handelte, habe ich die Berechtigung der Herren zum Entfernen anerkannt, auch angeordnet, daß alle Plakate entfernt würden.

4. Ich wurde gefragt, ob ich antisemitisch sei, was ich direkt verneinte, mit der, wie ich mich erinnere ausdrücklichen Begründung, daß ich eine ganze Reihe guter persönlicher Freunde habe, die jüdisch seien. Es entspricht dies der Wahrheit.

5. Dann wurde ich gefragt, ob die Binzer antisemitisch seien. Ich verneinte auch dies, und wollte lediglich dem Herrn von vornherein klar machen, wie unbegründet diese Frage sei, indem ich sie darauf hinwies, daß sie „Geschäftsleute" in Binz seien.

Von zynischen Bemerkungen, selbst wenn ich sagte, daß „Bargeld bei den Binzern lacht" ist keine Rede. Dazu bin ich zu alt und zu ernst. Es lag auch gar nicht in der ganzen Situation, zynisch zu sein. Wer meine guten Binzer kennt, der weiß, wie sie aufs Geldverdienen sind. An ein Mißverstehen dieses Gedankens konnte ich nicht denken. Sie können also überzeugt sein, daß meinerseits in keiner Weise etwas gegen die Herren beabsichtigt war. Im Gegenteil glaube ich die Her-

ren voll und ganz befriedigt zu haben. Wir gaben uns beim Abschied die Hand.

Im übrigen möchte ich noch anführen, daß ich vor Jahren schon in Zusammenarbeit mit einem Rabbiner und mehreren Herren gegen eine ähnliche Unsitte, wie das Plakat, vorgegangen bin, in Eingaben, die bis zur Regierung gingen, wodurch ich mir doch wohl den Stempel des fehlenden Antisemitismus erworben habe.

## 15. Ein Landrat gegen die Judenhetze.

Eine besonders wütende antisemitische Judenhetze wird in Witzenhausen und Umgegend veranstaltet. Sie geht hauptsächlich von Schülern aus. Die Ortsgruppe des Centralvereins ist erfolgreich gegen die Hetze aufgetreten. Ihre Tätigkeit hat eine hervorragende Unterstützung durch den Landrat von Eschtruth erfahren, der eine amtliche Bekanntmachung im „Witzenhäuser Kreisblatt" erlassen hat. Sie lautet:

„Die in letzter Zeit allgemein zutage tretende Judenhetze in Wort und Tat hat auch im Kreise Witzenhausen Boden gefunden. Schon mehrfach ist es zu Zwischenfällen gekommen, die geeignet sind, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören. Insbesondere hat auch die Verteilung von aufreizenden Flugblättern schon mehrfach zu Zusammenstößen geführt.

Ich muß allen diesen Bestrebungen, die bestimmt und geeignet sind, die Bevölkerung aufzureizen, mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Ich erwarte von der Einsicht der überwiegenden Mehrheit der Kreiseingesessenen, daß sie der Verhetzung keinen Raum gibt und mich in der Verurteilung der antisemitischen Hetze unterstützt.

Ich werde alle mir zu Gebote stehenden Mittel zur Abwehr der Bewegung verwenden und nötigenfalls die Regierung um außerordentliche Maßnahmen gegen die Urheber ersuchen."

Der Landrat.
gez. i. V. Eschtruth.

## 16. Volkskraftbund.

Der Volkskraftbund, zu dessen Hauptausschuß der bekannte Schriftsteller und Philosoph Bruno Wille gehört, hat sich das Programm gestellt, alle Volksgenossen reif zu machen für gemeinsame Arbeit zum Wohle des Ganzen. Er will ein ganzes Volk von Brüdern schaffen, ganz gleich welcher Partei, Konfession, Klasse oder Rasse auch der einzelne angehören mag. Im Heft 23 der Zeitschrift des Volkskraftbundes wird ein Artikel über das jetzt so aktuelle Thema „Menschenhaß" veröffentlicht. Wenn auch keine neuen Gesichtspunkte gegeben werden, so sind die Ausführungen doch interessant genug, um auszugsweise nachstehend veröffentlicht zu werden:

In den letzten Monaten ist wiederholt die Frage an mich gerichtet worden, wie sich der Volkskraft-Bund zum Antisemitismus stellt.

Nun, wer die Bestrebungen und Ziele des Bundes, wer die Persönlichkeit seines Vorsitzenden kennt, der kann unmöglich darüber im Zweifel sein, wie er das Problem des Judenhasses beurteilt. Sieht er doch in der Aussöhnung der zahlreichen in unserem Volke bestehenden Gegensätze, in dem brüderlichen Zusammenschluß aller Volksgenossen, gleichviel welcher Rasse, Konfession, Partei oder Klasse sie angehören mögen, das einzige Mittel, um unser Vaterland wirtschaftlichem und kulturellem Aufstieg zuzuführen.

Die jüdische Rasse hat genau soviele Vorzüge und Fehler wie jede andere. Der Mensch bleibt sich immer gleich, unter welchem Himmelsstrich und in welchem Jahrhundert er auch geboren sein möge. Die Rasse ist nichts Konstantes, sondern genau so relativ und fließend, wie etwa die Staatsangehörigkeit. Sie ist das Produkt des Klimas, der Lebensweise, Nahrung und Lebensauffassung. Eine deutsche Familie, die sich in die Einsamkeit afrikanischer Wildnis zurückzöge, würde, auch wenn sie nur Innenzucht triebe, im Laufe eines Jahrtausends vollständig verniggern, wofern sie deutsche Art und Lebensweise aufgäbe und die Gewohnheiten der Eingeborenen annähme.

Die deutschen Juden haben im Kriege genau so tapfer gekämpft und soviel gelitten, wie ihre christlichen Kameraden. Und es sollte doch zu denken geben, daß die einzige wertvolle Dichtung, die während des Krieges entstanden ist, ich meine das schöne „Reiterlied"

Drüben am Wiesenrand
Hocken zwei Dohlen.
Fall ich am Donaustrand?
Sterb ich in Polen?
Was liegt daran!
Eh sie meine Seele holen,
Kämpf ich als Reitersmann.

von dem jüdischen Soldaten Zuckermann verfaßt worden ist, der wie Körner den Heldentod starb, den er vorausgeahnt hat.

Unter den etwa 650 000 deutsche Juden gibt es prozentual genau soviele Kriegsgewinnler und Schieber wie unter den anderen Deutschen, wovon vielleicht die Antisemiten allein eine Ausnahme machen. Im Laufe langjähriger Beobachtungen habe ich die Erfahrung gemacht, daß die meisten Antisemiten ein böses Ende nehmen und als Schwindler und Betrüger entlarvt werden. Das ist ja auch kein Wunder! Wer da haßt, muß etwas in sich haben, was des Hassens wert ist. Nicht der Gehaßte, sondern der Hassende ist der eigentlich Hassenswerte!

Das deutsche Volk, der deutsche Arbeiter ist genau so wenig judenfeindlich, wie etwa der türkische einfache Mann armenierfeindlich ist. Aber der Einwirkung einer geschickten Verhetzung, die mit allen Mitteln der Lüge und Niedertracht arbeitet, kann sich keine Volksmasse entziehen. Hier kann nur eine ebenso geschickt geleitete Gegenorganisation Einhalt gebieten und Abhilfe schaffen, und es ist

meines Erachtens Aufgabe der jüdischen Vereine, hier mit aller Energie einzugreifen, im eigenen Interesse wie in dem unseres gemeinsamen Vaterlandes.

Aber auch die Regierung sollte der antisemitischen Wühl- und Hetzarbeit doch eine größere Aufmerksamkeit schenken und ihr nicht allzu geringe Bedeutung beimessen. Handelt es sich doch meiner festen Überzeugung nach dabei um ein politisches Manöver, das letzten Endes dazu dienen soll, die gegenwärtige Staatsordnung ins Wanken zu bringen. Es steht geschichtlich fest, daß die Alldeutschen über unser Vaterland das furchtbare Unglück des Krieges und damit auch den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch gebracht haben. Sie suchen nun — denn all die antisemitischen Hetzereien gehen von „deutschvölkischer" Seite aus — der großen Masse des Volkes Sand in die Augen zu streuen und die dokumentarisch erwiesene Schuld von sich auf die Juden abzuschieben. Gelingt es ihnen, die unwissenden Massen in Stadt und Land aufzuputschen und Mord, Plünderung, Raub und Zuchtlosigkeit in dieser schweren Zeit über unser Land zu bringen, dann wird es ihnen nicht schwer fallen, die Unruhen für ihre reaktionär-politischen Zwecke auszunutzen.

Sollte es nur ein Zufall sein, daß gerade Deutschland diesen furchtbaren Zusammenbruch erlebt hat, Deutschland, in dem alle hohen politischen und militärischen Stellen den deutschen Juden gesperrt waren? Wir glauben es nicht. Denn der antisemitische Geist ist ein Geist der Unduldsamkeit und der Unkultur, und ein Volk, das sich zu ihm bekennt, beweist, daß es im Innersten faul, verdorben und schwach ist.

Möge der Geist wahrer Freiheit, echter Kultur und aufrichtiger Menschenliebe die neue deutsche Republik kennzeichnen, die soeben den Bau ihrer Verfassung, das Werk des Juden Preuß, vollendet hat. Robert Schmidt.

## 17. Braunschweig — das Land ohne Antisemitismus.

In der jetzigen von Judenhaß und Judenschmähungen erfüllten Zeit berührt die Nachricht angenehm, daß es noch Landesteile des deutschen Vaterlandes gibt, deren Presse den skrupellosen Judenhetzern nicht willig Folge leistet. So wird aus Braunschweig berichtet, daß die dortige Presse einstimmig gegen den Antisemitismus Stellung genommen hat. Der „Braunschweiger Anzeiger", der, wie besonders zu betonen ist, das Organ aller rechts stehenden Kreise des Braunschweiger Landes ist, hat zum Neujahrsfeste einen kleinen im versöhnlichsten Geiste gehaltenen Artikel über die Stellung der Juden Braunschweigs zu den andersgläubigen Mitbürgern gebracht. Solche Oasen in der Wüste des Judenhasses und der Judenverleumdung lassen hoffen, daß christliche Kreise doch allmählich zur Einsicht und zu gerechtem Urteil zurückkehren werden.

## 18. Heimatbund.

Auf verschiedene Anfragen teilt der Centralverein mit, daß der Heimatbund unseren Informationen gemäß nicht antisemitisch ist, daß er vielmehr den Antisemitismus für eine das deutsche Volk schwer schädigende Bewegung ansieht und bekämpft. In einigen Orten hat sich zwar auch im Heimatbund der Antisemitismus geregt, doch ist dem vom Vorstand bei jeder Gelegenheit entgegengetreten worden.

## 19. Tretet der Einwohnerwehr bei!

Verschiedentlich sind Anfragen beim Centralverein eingegangen, ob es ratsam sei, in die Einwohnerwehren einzutreten. Der Centralverein kann es allen seinen Mitgliedern nur auf das aller eindringlichste empfehlen, sich als Mitglied der jeweiligen Einwohnerwehr anzumelden. Da man durch die traurigen Zeitverhältnisse gezwungen sei, Schutz gegen Pogrome zu erbitten, so ist es eine Selbstverständlichkeit für jeden Juden, sich mit seiner Persönlichkeit auch denjenigen Schutzwehren zur Verfügung zu stellen, die gegen verbrecherische Ausschreitungen gebildet werden. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, etwaige Gegner innerhalb der Einwohnerwehren durch sachgemäße Aufklärung zu beeinflussen. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß, wie man berichtet, einzelne Einwohnerwehren stark antisemitisch verseucht sind. Vielleicht kann aber gerade hier durch den Eintritt jüdischer Mitglieder viel erreicht werden.

## 20. Vorsicht.

Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die augenblickliche Lage von Elementen, die sich einen finanziellen Vorteil verschaffen möchten, ausgenutzt wird, um unter dem Deckmantel der Menschenliebe gegen den Antisemitismus für die Juden Propaganda zu machen. Alle diese Unternehmen zielen nur darauf hin, gutgläubigen Personen das Geld aus der Tasche zu locken. Allem Anschein nach wird von den so gezahlten Geldern niemals ein Pfennig für die angegebenen Zwecke verwertet. Wir können die Mitglieder des Centralvereins nicht genug warnen, bei allen derartigen Ansinnen so vorsichtig wie möglich zu sein. Insbesondere wird vor einer Verbindung mit

einem Herrn Dembeck gewarnt, der sich in einem höchst mysteriösen Rundschreiben, das aus Furwangen (Baden) datiert ist, an zahlreiche Leute gewandt hat und sie unter Aufforderung sofortiger Geldzahlungen auf die bevorstehende Gründung eines Bundes hinweist, der Aufklärung verbreiten soll.

## 21. Die Nationalitätenfrage an der Hamburger Universität.

Beim Studentenausschuß der Hamburger Universität ist von nichtjüdischer Seite ein Antrag eingebracht, der sich mit der Wahlberechtigung der Studierenden zum Studentenausschuß befaßt. In diesem heißt es unter anderm: „Nationale Minderheiten dürfen nur entsprechend ihrer Kopfzahl Vertreter aufstellen, national jüdisch gerichtete Juden (das heißt Juden, für die ein völkisches Zusammenhalten der Juden besteht oder erstrebenswert ist) haben die Rechte nationaler Minderheiten."

In der Begründung dieses Antrages wird gesagt, daß klipp und klar ausgesprochen werden müsse, daß Juden, die ein völkisches Zusammenhalten für erstrebenswert halten, als Angehörige eines fremden Volkes gelten. Man könne nicht zwei Völkern angehören. Die Juden, die sich zum jüdischen Volke bekennen, müßten daraus die Folgerungen ziehen. Diesen national gerichteten Juden sei nun die Möglichkeit gegeben, sich entsprechend ihrer Kopfzahl vertreten zu lassen. Über die sich hierbei ergebende Zahl hinaus kommen nur noch solche Juden in die Studentenvereinigung, die durch Verneinung der vom Wahlleiter an sie gerichteten Frage dokumentieren, daß sie ein völkisches Zusammenhalten der Juden verwerfen. (Die Sperrung findet sich in der Begründung. Anmerkung der Schriftleitung.)

Es ist außerordentlich interessant, daß von nichtjüdischer Seite die Unklarheit, die sich in den Köpfen vieler national jüdisch gesinnter Persönlichkeiten gebildet hat, kraß geschildert wird. Die Folgerungen, die die Nationaljuden selbst zu ziehen sich scheuen, werden ihnen schließlich einmal aufgezwungen.

## 22. Wie in Palästina abgestimmt wird.

Die Pariser Zeitung „Croix" veröffentlicht einen Brief aus Palästina, in dem über englische Wahlmanöver folgendes berichtet wird:

„Täglich werden unter irgendeinem Vorwande britische Offiziere auf die Dörfer entsandt, um sogenannten landwirtschaftlichen Versammlungen vorzusitzen, in Wahrheit aber, um die Stimmen der Einwohner zu sammeln. Das machen sie in der Weise, daß sie sich mit der Unterschrift des Muchtar (Dorfschulzen) begnügen, der dafür eine runde Summe erhält. Natürlich weiß die Bevölkerung nicht, daß ihr Muchtar für sie das Stimmrecht ausgeübt hat."

## 23. Eine wichtige Pflicht der Ortsgruppen.

Aus den Kreisen der Mitglieder, und auch aus Kreisen, die nicht Mitglieder des Centralvereins sind, ist darüber lebhaft Klage geführt, daß die Ortsgruppen des Centralvereins nicht die weitere jüdische Öffentlichkeit über Dinge, die jeden Juden interessieren, namentlich auf dem Gebiete der Abwehr des Antisemitismus, auf dem Laufenden erhalten. Die Centrale gibt jetzt in ihrem Tätigkeitsbericht, in den Mitteilungen des Syndikus, in Flugblättern usw. den Ortsgruppen so viel Material an die Hand, daß es nicht erst eines auswärtigen Redners bedarf, um Material für eine aufklärende Versammlung zu schaffen. Es ist unumgängliche Pflicht der Ortsgruppen, regelmäßig von Zeit zu Zeit die Mitglieder des Vereins und auch die Nichtmitglieder des Centralvereins zu versammeln und ihnen das Material zugängig zu machen, welches den Ortsgruppen an die Hand gegeben wird.

## 24. Bürotechnisches.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß der Central-Verein eine eigene Telegrammadresse, nämlich „Centralglauben-Berlin" besitzt. Zusätze zu dieser Adresse, wie Angabe der Straße, sind völlig überflüssig. Im Interesse der Portoersparnis wird gebeten, bei Telegrammen sich nur dieser Adresse zu bedienen.

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: W. W. (Ed.) Klambt, G. m. b. H., Charlottenburg 4.